

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/8

Bonn, den 11. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Munition für Chruschtschow</u> Folgen des Kleinkrieges im EWG-Bereich	45
2	<u>Kernforschung beiderseits einer Landesgrenze</u> Ein völkerrechtliches Kuriosum Von Bruno Kuster, Genf	48
3	<u>Prager Erkenntnisse</u> Die "leidige Aussenpolitik" Von Rudolf Hornig	42
4 - 5	<u>Nordafrika in Bewegung</u> Tunis, Algerien und Marokko suchen neue Wege der Zusammenarbeit Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	95

Chefredakteur Günter Markscheffel

Munition für Chruschtschow

Folgen des Kleinkrieges im EWG-Bereich

sp - Was sich zur Zeit in Brüssel abspielt, und auch in Paris und Bonn bei den Beratungen über die Aufnahme Grossbritanniens in die EWG seinen Niederschlag findet, sieht sich gerade so an, als wollte irgendjemand Herrn Chruschtschow Munition für seine Auseinandersetzungen mit dem freien Westen liefern. Wir behaupten nicht, dass dies bewusst geschieht, befürchten jedoch, einige an den Verhandlungen beteiligte Personen und Gruppen haben im Kleinkrieg um Detailfragen die Übersicht über das Ganze verloren.

Gerade hatte man in Moskau angefangen, in der EWG nicht nur das "teufliche Produkt einer kapitalistisch-imperialistischen Verschwörung" gegen den angeblich sozialistischen Osten zu erblicken. In einigen Reden war sogar dem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben worden, dass die "kapitalistische Planwirtschaft" offenbar besser funktioniere als die "sozialistische Planwirtschaft". Chruschtschow persönlich hatte seine Wirtschaftsexperten mit der Nase darauf gestossen, sie sollten mit weniger Dogmatismus, dafür aber mit mehr Pragmatismus an die Lösung der wirtschaftlichen Probleme herangehen. In einigen Fällen liess man sogar durchblicken, es könnte vielleicht nützlich sein, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West - ohne "ideologische Vorbehalte" - zu verbessern.

Just in diesem Augenblick verliert man sich in Brüssel, Paris und Bonn in kleinliche Hakeleien. Zweifellos sind bei der zu erweiternden Zusammenarbeit der freien europäischen Staaten zahlreiche Einzelprobleme zu lösen; das liegt in der Natur der Sache. Aber bei diesem mühevollen Unternehmen gerät das über geordnete Ziel der Schaffung grösserer wirtschaftlicher und politischer Räume aus dem Blickfeld.

Es war seit jeher die These linientreuer Kommunisten, der Kapitalismus presse sich gegenseitig an seinen inneren Widersprüchen auf. In jüngster Zeit haben namhafte Wirtschaftstheoretiker des Ostens diese These stark angeschlagen, zumal sie mit Recht darauf verweisen konnten, dass auch ein freiwilliger Zusammenschluss mit dem Ziele grosszügiger Planung von "Kapitalismus" bewältigt werden könne. Auch die Tatsache, dass die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien in den vergangenen Jahren darüber wachten, dass im Rahmen der EWG die sozialen Probleme beachtet und der Anteil der Arbeitnehmer am steigenden Sozialprodukt gesichert wird, hatte die kommunistische These von der "monopolkapitalistischen Ausbeutergesellschaft der EWG" stark erschüttert. Der steigende Lebensstandard in den EWG-Ländern wirkte magnetisch auf das Kräftefeld im Osten, eine Entwicklung, die nicht einmal durch die Mauer Ulbrichts in Berlin und die fast hermetische Abschliessung der Zonengrenze in Deutschland unterbrochen werden konnte.

Zusammengefasst bedeutet dies alles, dass die Kleinkrämer im EWG-Raum sich selbst einen Bärendienst erweisen, wenn sie so wie bisher fortfahren. Herrn Chruschtschow jedoch liefern sie gratis das Konzept für seine Rede auf dem SED-Parteitag in Pankow.

Kernforschung beiderseits einer Landesgrenze

Von Bruno Kuster, Genf

Das CERN, das europäische Atomforschungszentrum bei Genf, dürfte die erste internationale Institution werden, deren Gelände, Verwaltungsgebäude, Laboratorien und Werkstätten von einer Landesgrenze mitten entzweigeschnitten werden. Wenn die Sekretärin zu ihrem Chef gerufen wird, überschreitet sie nicht nur die Schwelle zum Allerheiligsten, sondern sie unternimmt gleichzeitig eine wenn auch kurze Reise aus der Schweiz nach Frankreich oder umgekehrt. Allerdings ist es noch nicht ganz so weit, aber schon bald wird das CERN nicht nur in seiner Struktur, sondern auch seiner baulichen Anlage nach wahrhaft international sein.

Völkerverbindend

Ursache dieses völkerrechtlichen Kuriosums ist nicht ein französisch-schweizerischer Grenzkrieg, dem das bedauernswerte CERN nun zur Hälfte zum Opfer gefallen ist, sondern ein grosszügiges französisches Angebot an das europäische Kernforschungslaboratorium. Es liegt heute auf schweizerischem Boden unmittelbar an der französischen Grenze und verfügt über ein Gelände von 40 Hektar. Dieses ganze Areal ist nun bereits überbaut, so dass für eine weitere Ausdehnung kein Raum mehr bleibt. Nun hat sich die französische Regierung bereit erklärt, dem CERN aus der Klemme zu helfen und ihm jenseits der Grenze ein Areal von ebenfalls etwa 40 Hektar zur Verfügung zu stellen.

... aber kompliziert

Diese Lösung wirft komplizierte praktische, diplomatische und verwaltungstechnische Fragen auf, über die demnächst zwischen dem CERN und den beiden Gastländern wie auch zwischen diesen selbst Verhandlungen aufgenommen werden. Beispielsweise muss verhindert werden, dass das CERN zu einem Loch in der Zoll- und Grenzkontrolle wird. Erhalten die Angestellten des CERN, die auf französischem Boden arbeiten, ihren Lohn trotzdem in Schweizerfranken? Müssen die Briefe auf dem französischen oder dem schweizerischen Postamt aufgegeben werden? Es wäre auch unsinnig, wenn Telefongespräche aus dem französischen Teil des Laboratoriums nach Genf und umgekehrt als Auslandsgespräche taxiert würden. Wird die französische oder die schweizerische Arbeits- und Sozialgesetzgebung Anwendung finden? Werden die Kinderzulagen nach französischem oder schweizerischem Massstab ausgerichtet? Werden französische oder schweizerische Polizisten herbeigerufen, um einen Diebstahl aufzuklären? Und welche Gerichte sind zuständig?

"Grosse Hoffnung der Physik in Europa"

Doch überlassen wir diese kniffligen Fragen den Fachleuten und freuen wir uns mit Generaldirektor V.P. Weisskopf darüber, dass das CERN heute mehr denn je "den Willen zur Einheit und zur Zusammenarbeit der Völker Europas auf wissenschaftlichem Gebiete verkörpert". Allerdings wird diese Zusammenarbeit von Jahr zu Jahr teurer. Der CERN-Rat bewilligte soeben das Jahresbudget für 1963 im Betrag von 94,2 Millionen Schweizerfranken; 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Das CERN muss sich anstrengen, um seine Stellung in der vordersten Linie der kernphysikalischen Forschung zu behalten. Wenn das CERN die "grosse Hoffnung der Physik in Europa" bleiben soll, müssten die Regierungen darauf verzichten, durch eine kurzfristige Sparpolitik die Früchte ihrer bisherigen grossen Anstrengungen zu verscherzen.

Prager Erkenntnisse

Von Rudolf Hornig

Einen bemerkenswerten Leitartikel veröffentlichte kürzlich die in Prag erscheinende deutschsprachige Zeitung "Aufbau und Frieden". Der Verfasser des Artikels stellt die Frage: "Wozu Aussenpolitik?" und geht von der offenbar oft geäußerten Meinung aus, man sollte nicht in die Ferne schweifen, wo das Gute "oder auch das Schlechte" so nah sei. In Zuschriften an die Zeitung tauche zum Beispiel der Hinweis auf, daß der Strom "heute wieder" abgeschaltet war.

Zukunftsmusik: "Vom Ural bis zum Böhmerwald"

Bei dem Mangel an Strom kann die Zeitung nur darauf hinweisen, daß die vorhandene Wasserkraft, noch dazu in einem trockenen Jahr, nicht ausgereicht hätte und auch die Wärmekraftwerke es nicht schaffen könnten; aber das große Verbundnetz "vom Ural bis zum Böhmerwald" werde den Mangel an Strom endgültig beseitigen. Dagegen aber stellt der Leitartikel fest, die CSSR sei ein kleines Land mit einer grossen Industrie, die seit Menschengedenken den Großteil der Rohstoffe aus dem Ausland bezieht und auch für dieses produziert.

Auf Handel mit "kapitalistischen Ländern" angewiesen

Ist es schon ungewöhnlich, in einer heutigen Prager Zeitung diese enge Verbundenheit der Tschechoslowakei mit der Weltwirtschaft so präzise charakterisiert zu finden, so gehen die Erkenntnisse des zitierten Leitartikels noch viel weiter:

- * "Die Tschechoslowakei ist ja nur ein Glied der großen Welt-
- * wirtschaft, auf den Handel mit sozialistischer und auch
- * k a p i t a l i s t i s c h e n Ländern angewiesen."

Diese Argumentation dient allerdings einem bestimmten Zweck, denn sie ist gegen die EWG gerichtet. "Aufbau und Frieden" setzt fort: "Es kann uns daher nicht gleichgültig sein, daß im unmittelbar benachbarten Westeuropa ein Wirtschaftsblock entsteht und Zollmauern errichtet werden, die unseren Erzeugnissen den Wettbewerb erschweren".

COMICON nicht erwähnt

Vom COMICON des Ostblocks, der auch einen ganz beachtlichen Wirtschaftsblock mit starren Aussenhandelsformen darstellt, ist nicht weiter die Rede, aber man erfährt schließlich noch einige wichtige Einzelheiten aus dem täglichen Wirtschaftsleben der Tschechoslowakei. Das liest sich dann so: "Du bist ein guter Arbeiter, aber der Verdienst ist nicht so, wie er sein sollte. Warum? Die Walzstrasse ist veraltet und für eine neue, ausländische, fehlen die Devisen. Deine Frau beklagt sich wieder über die Qualität der Textilwaren. Aber die vietnamesischen Woll-sweater, die wir jetzt haben, die sind gut. Südfrüchte gibt es auch, aber es sollten mehr sein und vor allem billigere, usw. usw. Jeder von uns kann eine beliebige Menge solcher Probleme aufzählen und siehe da, sie haben alle irgendwie mit der leidigen Aussenpolitik zu tun".

Nordafrika in Bewegung

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Maghreb, das frühere Französisch-Nordafrika - Tunesien, Algerien und Marokko, - ist wieder in Bewegung. Der aussenpolitische Drang zur nordafrikanischen Einigung hat innenpolitische Folgen in Tunis, Algier und Rabat und wirkt sich auch auf die Beziehungen der drei Länder mit Frankreich aus.

Ben Bellas Ziele

Algeriens Regierungschef Ben Bella vergisst über innenpolitischen Aufgaben nicht seine aussenpolitischen Ziele. Der Panarabismus steht mehr denn je auf seinem Programm, hat aber zunächst wenig praktischen Wert. Hingegen sind engere Beziehungen mit den beiden Nachbarländern für Algerien von praktischer und ideologischer Bedeutung. Das Politbüro der FLN fordert in diesem Sinn die baldige Begegnung der Maghreb-Länder "auf höchster Ebene" und fügt hinzu: "Unser unerschütterlicher Wille ist die Verwirklichung der Einheit von Agadir bis Tripolis." - Lybien, der östliche Nachbar Tunesiens und Algiers, wird also hier in die maghrebische Einheit mit eingeschlossen. Dies ist allerdings nicht nach dem Geschmack Tunesiens und Marokkos.

Der Putschversuch gegen Burgiba

Der Appell der FLN wird in Tunis mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Man ist allerdings auch in Tunesien für die Verwirklichung des Maghreb, hat aber davon ganz andere Vorstellungen als in Algier. Es ist hier wie in Europa, wo "europäische" Parolen oft sehr verschiedenen und zuweilen sogar gegensätzlichen Inhalt verbergen.

So trafen sich die beiden Aussenminister Tunesiens und Marokkos, Mongi Slim und Balafedj, unter mysteriösen Umständen am 30. Dezember 1962 in Rom, unmittelbar nach dem Putschversuch der Jussefisten gegen Burgiba. Sie sprachen, laut offiziellen Mitteilungen, von einer Stärkung der tunesisch-marokkanischen Beziehungen und von den "Perspektiven einer maghrebischen Einheit".

Daß diese wichtige Begebenheit zuerst geheimgehalten wurde und daß Algerien nicht vertreten war, ist kein Zufall. Man weiss, daß die tunesische Opposition der Jussefisten in Algier Asylrecht und Achtung genießt und daß die tunesische Meinung hinter dem letzten Anschlag gegen Burgiba gewisse algerische Kreise vermutet. Solange dieser Verdacht nicht aus dem Wege geräumt ist, hat die Annäherung zwischen Tunis und Algier wenig Chancen.

Hassan II. macht reinen Tisch

Auch der König von Marokko sieht den algerischen Dynamismus mit Sorge und baut vor. Das Ausscheiden der Nationalpartei Istiqlal aus der Regierung öffnete in der ersten Januarwoche dieses Jahres ein neues Kapitel der marokkanischen Geschichte. Anlass war der Streit um die Wirtschaftsplanung, die der König und sein Ratgeber ganz in ihren Händen behalten wollen. Zugleich soll auch die Zusammenarbeit mit Frankreich verstärkt werden.

Der Istiqlal stand seit 1944 an der Spitze des marokkanischen Unabhängigkeitskampfes und war die erste Regierungspartei unter Mohamed V. - Sein Sohn, der gegenwärtige König Hassan II., hat 1960 eine Art "Präsidialmonarchie" eingeführt, in welcher der König zugleich auch Regierungschef ist. Man nannte die neue marokkanische Staatsverfassung, die im vorigen Jahr durch eine Volksabstimmung bestätigt wurde, scherzweise "gaullistisch".

Die Opposition gegen die Regierung richtet sich somit automatisch gegen den Herrscher. Wird sich der Istiqlal nun der radikalen UNFP (Nationale Union der Volkskräfte) Ben Barkes nähern oder in "loyaler Opposition" verharren? Marokko erwartet in diesem Jahr einen harten Wahlkampf.

Frankreich und der Maghreb

Paris verfolgt die Entwicklung in den drei nordafrikanischen Ländern mit gespannter Aufmerksamkeit. Man ist hier an guten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu Tunesien, Algerien und Marokko in hohem Maße interessiert und sieht das Problem einer maghrebischen Vereinigung vor allem von diesem Gesichtspunkt. Wenn das geplante Maghreb die Bande zu Frankreich und überhaupt zum Westen stärkt, ist es Paris willkommen. Auf Ablehnung stößt der großarabische Trend, der hauptsächlich von Kairo ausgeht.

Gute Beziehungen zwischen Paris und Algier

Gleichfalls in diesen Januartagen wurde in Paris ein neuer Direktor für tunesische und marokkanische Fragen beim Ausserministerium ernannt, der fünfzigjährige Berufsdiplomat Hubert de Lamirac. Es gibt in der französischen Regierung immer noch getrennte Abteilungen einerseits für Tunesien und Marokko, die als frühere "Protektorate" schon 1956 die Unabhängigkeit erhielten und andererseits für Algerien.

Die französisch-algerischen Beziehungen sind zu diesem Jahresbeginn besser denn je. Die freundlichen Worte, die zwischen de Gaulle und Ben Bella getauscht werden, sind kein leeres Gerede. Kräftige Wirtschaftsinteressen stehen auf beiden Seiten dahinter. Es ist auch kein Zufall, daß Algerien weiteren Anschluß an die EWG wünscht. Die Ideologie ist eine Sache, die materiellen Bedürfnisse eine andere. Die gaullistische Regierung, die in jahrelangen Verhandlungen mit der FLN zu der gegenwärtigen Algerienlösung wesentlich beitrug, wahrte während des inneralgerischen Fraktionskampfes der letzten Monate eine wohlwollende Neutralität zu Gunsten Ben Bellas. Die Zusicherungen der algerischen Regierung an französische Kapitalkreise werden ernst genommen.

Alles in allem machen die maßgebenden französischen Kreise mit dem Algerienfrieden ein ebenso gutes Geschäft wie schon vorher mit der nationalen Unabhängigkeit Tunesiens und Marokkos. Alle diese Länder geraten aber jetzt wieder in Bewegung. Die sozialen Probleme rücken in den Vordergrund. Solange sie ungelöst sind, bestehen für die gegenwärtigen Regime ernste Gefahren. In Tunesien wird es nicht genügen, die Opposition niederzuhalten; es geht vor allem um die wirksame Bekämpfung des Massenelends. Wenn es in Marokko nicht gelingt, die großen Wirtschaftsfragen zu lösen, kann die doppelte Opposition des Istiqlal und der UNFP nicht nur für die neue Regierung, sondern auch für die Monarchie gefährlich werden. Algerien schließlich hat kein Interesse, die Opposition in den beiden Nachbar- und Bruderländern zu schüren, denn es steht faktisch vor den gleichen Problemen.